

**Beschluss des MU-Landesvorstandes bei der
Klausurtagung am 18. März 2017 in Coburg**

Coburger Programm der Mittelstands-Union für eine Unions-geführte Bundesregierung

**Sicherheit braucht Wirtschaft! Mittelstand und Mittelschicht brauchen Entlastung!
Für ein klares Wahlprogramm für Mittelstand, Mittelschicht und Marktwirtschaft!**

Der Mittelstand ist der leistungsfähige Motor der Sozialen Marktwirtschaft. Der Erhalt dieser Leistungsfähigkeit ist im höchsten Interesse der Allgemeinheit. Wachstum, Beschäftigung, breiter Wohlstand und andauernde Finanzierung der Daseinsvorsorge sind nur mit einer aktiven Mittelstandspolitik zu sichern: Unserem Land geht es gut, wenn die Mitte – Mittelstand und Mittelschicht – breit aufgestellt ist und wenn es dieser Mitte gut geht. Deshalb wollen wir den Soli abschaffen, die Steuern senken und in die Zukunft investieren. Das ist durch gute Haushaltszahlen jetzt möglich.

Dagegen will SPD-Kanzlerkandidat Schulz nichts erwirtschaften, sondern nur Geld ausgeben – so wie der sozialistische Präsident in Frankreich, der die französische Wirtschaft in die Wettbewerbsunfähigkeit gestürzt hat. Die SPD bezieht ihre Gerechtigkeitsrhetorik alleine auf mehr Alimentation, mehr Bevormundung und auf die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs, anstatt die Chancen für neue Jobs und den Aufstieg von Schwächeren anzugehen.

Wir sagen: Einen Bewußtseinswandel gegen Freiheit und Eigenverantwortung darf es nicht geben. Wir brauchen eine zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik, statt eine Rückwärtsrolle in die Massenarbeitslosigkeit. Die SPD möchte eine europäische Vergemeinschaftung bei einer Einheitsarbeitslosenversicherung, einer Einlagensicherung für alle Sparguthaben und für alle Schulden in der EU. Dies ist nicht im deutschen Interesse.

Deshalb müssen wir:

1. Steuern zurückgeben – Eigentum schützen und fördern

- 1.1 Goldene Dreierregel: je ein Drittel zusätzlicher Steuereinnahmen für Schuldenabbau, Investitionen und Entlastungen
- 1.2 Abschaffung des sogenannten „Soli“
- 1.3 Abschaffung der heimlichen Steuererhöhung „kalte Progression“ durch einen automatische Tarifierhöhung („Tarif auf Rädern“)

- 1.4 Steuern senken – durch Wiedereinführung eines linear-progressiven Steuertarifs bzw. Abschaffung der übermäßigen Besteuerung mittlerer Einkommen
- 1.5 Abschaffung sogenannter Bagatellsteuern
- 1.6 Keine Steuererhöhungen und keine neuen Steuern
- 1.7 Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer
- 1.8 Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer
- 1.9 Kein Verkehrswertmodell bei der Grundsteuer
- 1.10 Erbschaftsteuer abschaffen oder regionalisieren – Flattax
- 1.11 Verbot von Doppelbesteuerungen bei Auslandsgeschäften
- 1.12 Keine Steuererhöhung durch eine Abkehr von der Abgeltungssteuer
- 1.13 Steuerliche Gleichstellung innovativer Finanzierungsformen (u.a. P2C-Lending) mit traditionellen Finanzierungsformen
- 1.14 Abschaffung der EEG-Umlage bzw. der Stromsteuer
- 1.15 Faire Besteuerung im Bereich Online-Wirtschaft/Offline-Wirtschaft (z.B. Versandhandel und Online-Plattformen)
- 1.16 Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter
- 1.17 Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Investitionen
- 1.18 Verbesserte Abschreibungsbedingungen bei Gewerbeimmobilien auf 20 Jahre und bei Wohngebäuden und Wohnungen, verbunden mit der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung
- 1.19 Regelmäßige Anpassung und Erhöhung der Pauschbeträge
- 1.20 Stärkung von Auskunfts- und Informationsrechten des Steuerpflichtigen gegenüber der Finanzverwaltung
- 1.21 Abschaffung von Nichtanwendungserlassen – keine Mißachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung
- 1.22 Anpassung von wirklichkeitsfremd hohen und damit eigentumsfeindlichen Zinssätzen seitens der Finanzverwaltung
- 1.23 Automatische Befristung von Leistungsgesetzen

2. Bürokratiemonster erlegen bzw. im Ansatz vermeiden

- 2.1 Rücknahme des rot-grünen Zwangskredits der Vorfälligkeit der Sozialbeiträge (der vorgezogenen und Doppel-Abrechnung) – wie mehrfach vom CSU-Parteitag beschlossen

- 2.2 Automatische Verfallsdaten von Rechtsverordnungen und Zustimmungspflicht bzw. Rückholrecht des Parlaments
- 2.3 Automatische Doppelzuständigkeit der Ressorts für Wirtschaft und Arbeit bei Gesetzen und Rechtsverordnungen
- 2.4 Vereinfachung der Mindestlohndokumentationspflichten und Entsendemeldungen
- 2.5 Generelle Verkürzung der Aufbewahrungsfristen
- 2.6 Vereinfachung der Umsatzbesteuerung durch Neuordnung der Umsatzsteuersätze und Vereinfachung der Nachweispflichten
- 2.7 Abschaffung bzw. Nichteinführung bzw. grundlegende ideologische Entschärfung des so genannten Antidiskriminierungsgesetzes und Entgelttransparenzgesetzes
- 2.8 Lieber weniger bürokratische Förderprogramme – stattdessen mehr Freiheit durch weniger Gesetze und Vorschriften
- 2.9 Für jedes neue Gesetz müssen zwei alte abgeschafft werden

3. Freiheit – Soziale Marktwirtschaft – Digitalisierung

- 3.1 Förderung digitaler Geschäftsmodelle bestehender Unternehmen und Start-Ups
- 3.2 Verbot von Privilegien von Unternehmen in öffentlich-rechtlichem Eigentum gegenüber privaten Betrieben – bei staatlichen Vorschriften, Ausschreibungen, Umsatzsteuer usw.
- 3.3 Verbesserte Möglichkeiten für mittelständische Betriebe bei öffentlichen Aufträgen bzw. bei öffentlich-privaten Vorhaben
- 3.4 Abschaffung starrer Grenzen bei Arbeitszeitregeln – Wochenhöchstgrenze statt Tageshöchstgrenze
- 3.5 Abschaffung starrer Grenzen bei Rentenregeln – Koppelung an Lebenszeit und Einzahlungen – volle Flexi-Rente bzw. Beschäftigung im Alter weiter erleichtern
- 3.6 Bundesdigitalisierungsplan für Planungssicherheit und Effizienz
- 3.7 Konsequente Digitalisierung von Prozessen staatlicher Organe und Behörden
- 3.8 Abschaffung der Linkhaftung für kleine und mittlere Unternehmen und Verbraucher
- 3.9 Gezielte Digitalförderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Kombination mit betriebswirtschaftlicher Beratung, auch und gerade im Onlinehandel sowie auch im Bereich Cyber-Sicherheit (Digital-Bonus bzw. Güte-Siegel IT-Sicherheit)
- 3.10 Einführung Digitaler Service-Konten für Unternehmen
- 3.11 Einführung eines Pflichtunterrichts Informatik/Programmieren in allen weiterführenden Schulen

- 3.12 Einführung eines Pflichtunterrichts Wirtschaft in allen weiterführenden Schulen, mit einem klaren Wertebekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft
- 3.13 Gleichstellung von Beruflicher Bildung und Studium – verbesserte Förderung der beruflichen Bildung durch Übernahme der Prüfungsgebühren durch den Staat
- 3.14 Verpflichtende Berufspraktika an Gymnasien wie an Mittel- und Realschulen
- 3.15 Die MU spricht sich gegen Forderungen nach Steigerung der Abiturientenquote und der Akademisierung aus, um den notwendigen breiten Qualifikationsmix auch in Zukunft sicherzustellen.
- 3.16 Konsequente Ahndung von Steuergeldverschwendung
- 3.17 Keine Einschränkung des Bargeldbesitzes und der Bargeldnutzung

4. Sozialsysteme finanziell sichern und verbessern

- 4.1 Abgabenbremse: Keine weitere einseitige Belastung bzw. keine Leistungsausweitungen zulasten der Arbeitgeber
- 4.2 Beibehaltung der Demographie-Faktoren in der Rentenversicherung
- 4.3 Grundlegende Reform des Gesundheitskostensystems mit einem regionalen Gesundheitskombi

5. Beitrag der Wirtschaft zur Integration fördern

- 5.1 Einheitliche Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber im Asylverfahren bei den zuständigen Ausländerbehörden und eine anschließende Bleibeperspektive (3+2-Regelung)
- 5.2 Kompetentes, verlässliches und ausreichendes Beratungsangebot für die einzelnen Betriebe, was die Bleibe- und Beschäftigungsperspektive der potentiellen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter betrifft
- 5.3 Straffung der gesetzlichen Regelungen, die eine vermehrte Durchlässigkeit zwischen den Aufenthaltszwecken „Schutz“ und „Erwerbstätigkeit“ ermöglichen sowie bürokratische Hürden abbauen (Beteiligung Arbeitsagenturen)
- 5.4 Ausbildungserlaubnisse für bereits im Land befindliche Zuwanderer, die nicht abgeschoben werden können
- 5.5 Verlängerung der Aufenthaltsberechtigung für Zuwanderer nach erfolgreicher Ausbildung
- 5.6 Finanzielle Kompensation für Ausbildungsbetriebe im Falle vorzeitig staatlicherseits angeordneter Ausreise (außer bei Verschulden des Betroffenen)

- 5.7 Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Einwanderung, das die Unübersichtlichkeit der Asyl- und Zuwanderungsregeln in Deutschland beseitigt – zugunsten von Rechtssicherheit und Planungssicherheit nicht zuletzt für die Betriebe.

6. Unsere Chancen in Europa und der Welt nutzen

- 6.1 Für ein Europa für Freiheit und Wohlstand: Konzentration der EU auf Wirtschaft und Sicherheit – keine Vereinheitlichung der Sozialsysteme auf Deutschlands Kosten
- 6.2 Keine nationale Verschärfung bei der Umsetzung von EU-Richtlinien
- 6.2 Abkehr von der EZB-Politik des billigen Geldes – Staats- und Bankensanierung nicht auf Kosten der Sparer und Steuerzahler
- 6.3 Strikte Durchsetzung der No-Bail-Out-Regel in der EU – keine Schuldeneinheit und Eurobonds auf Deutschlands Kosten
- 6.4 Trennung der EZB-Geldpolitik von der Bankenaufsicht und Neugewichtung des EZB-Rates nach Einlagenstärke
- 6.5 Einführung einer Staateninsolvenzordnung – notfalls mit Zwangsausschuss von Schuldenstaaten aus dem Euro – zur Wiederherstellung der Bail-Out-Regel und der Rechtssicherheit in der Europäischen Union
- 6.6 Kein Kaputtregulieren der mittelständischen Kreditinstitute des deutschen Finanzsystems – Erleichterungen bei der Regulierung für Kreditinstitute bis 10 Milliarden Euro Bilanzsumme schaffen
- 6.6 Erhalt des Meisterbriefs und Stärkung des Beruflichen Bildungssystems nach dem Vorbild Deutschlands
- 6.7 Rückübertragung von Gesetzgebungskompetenzen an die Nationalstaaten, die diese selbst und besser regeln können – durch konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips
- 6.8 Freier Handel statt Nationalismus und Protektionismus – mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Abkommen